

EUROPA-WIRTSCHAFT

DER STAND DER WIRTSCHAFTLICHEN INTEGRATION EUROPAS AN DER JAHRESWENDE 1968/69

Im Jahre 1955 ergab eine Umfrage, daß 35 vH der Befragten meinten, die europäische Zusammenarbeit habe sich in den vorhergegangenen zwölf Monaten verbessert; 13 Jahre später teilten nur noch 10 vH diese Meinung; So unpopulär war der „europäische Gedanke“ noch nie, denn 24 vH der EMNID-Erforschten erklärten, die Zusammenarbeit habe sich verschlechtert und 55 vH glaubten, der Grad europäischer Kooperation sei gegenüber 1967 unverändert.

Währungskrise und die EWG

Was da ein repräsentativer Querschnitt zu erkennen glaubt, ist so falsch nicht. Für die Europäischen Gemeinschaften waren und sind die Währungskrise und ihre Folgen besonders gefährlich. Die Zollunion, die den freien Warenverkehr brachte, ist ernstlich in Frage gestellt. Die Entscheidung General *de Gaulles*, den Franc (vorläufig) nicht abzuwerten, läßt Einfuhrbehinderungen, Grenzabgaben und Devisenkontrollen innerhalb der Gemeinschaft fröhliche Urständ feiern. Da für den General eine Abwertung des Franc die „schlimmste Absurdität“ ist und Bonn eine Aufwertung der D-Mark für indiskutabel hält (zumal seitdem Kiesinger seinen Koalitionskopf ins Spiel brachte: steigt jene, fällt dieser), blieb nur noch die Zuflucht zu klassischen handelspolitischen Abwehr- und Interventionsmaßnahmen, um die diversen Devisen- und Zahlungsbilanzen ins rechte Gleichgewicht zu bringen: Gängelung des Außenhandels und des Kapitalverkehrs.

Die von der „Währungsspekulation“ — wobei geflissentlich übersehen wird, daß Währungsgeier nur dort ihre Kreise ziehen, wo sich ein lohnendes, waidwundes Objekt befindet — erfaßten Staaten haben ihre Schutzmaßnahmen in hübscher Einmütigkeit ohne jede Koordinierung innerhalb der Gemeinschaft getroffen. Die vielbeschworene Harmonisierung der wirtschafts- und währungspolitischen Entscheidungen ist reine Makulatur, wenn es zum Schwur kommt. Der EWG-Kommission in Brüssel blieb denn auch nichts weiter übrig, als nachträglich zu erklären, sie hätte stets einseitige Wechselkursänderungen einzelner Mitgliedstaaten für gefährlich gehalten — so macht man aus der Not eine Tugend: die Bonner Währungskonferenz war ja eben der Versuch, nicht einseitig vorzugehen, sondern

sich abzustimmen. Das Resultat allerdings war nicht die — zugegeben unausgesprochene — Zusage Frankreichs, einseitig abzuwerten, sondern es bestand in einseitigen Interventionen anderer Art, die die EWG-Ziele weitaus mehr gefährden können, als Ab- oder Aufwertung eines Landes oder mehrerer Staaten. Es zeigte sich wieder einmal, daß die Kommission gegen die nationalen Alleingänge machtlos ist.

Die von der Bundesrepublik getroffenen Maßnahmen zur Verringerung des Überschusses der deutschen Handelsbilanz und zur Bremsung der spekulativen Kapitalbewegungen wurden von der Kommission als ein „bemerkenswerter Beitrag zur internationalen Währungsstabilität“ bezeichnet. Gleichzeitig erklärte sie sich bereit, die französischen Handels- und Währungsmaßnahmen sowie die rigorosen Einsparungen im innerfranzösischen Raum zu unterstützen, freilich unter der ausdrücklichen Voraussetzung, daß Paris die Regeln des EWG-Vertrages berücksichtigt (also nichts Neues aus Brüssel!). Der Kommissionsprecher erläuterte dann auch diese Formulierung als eine sachliche Ermahnung an Frankreich, sich anders als „zumindest zum Teil“ im Juni 1968 zu verhalten, nämlich vertragstreu. Nicht mehr und nicht weniger.

Die Krise hat nach Meinung der Kommission im übrigen die dringende Notwendigkeit unterstrichen, die monetäre Solidarität innerhalb der EWG durch eine engere Koordination der Wirtschaftspolitik und durch die Einführung eines neuen Mechanismus zur finanziellen Kooperation zu stärken — eine Mahnung, die schon lange auf dem Gemeinschaftstisch liegt, nur befolgte sie keiner der Mitgliedstaaten bisher. Man ist von einer gemeinsamen Wirtschaftspolitik — trotz aller beruhigenden Erklärungen — weiter entfernt denn je. Und eine europäische Währungsunion, ein Wunschtraum der Europapolitiker ist es gleichfalls. Nicht einmal zu einem europäischen *Währungsfonds* reicht es; diese Vorstufe zur Währungsunion ist aber zeitgemäß, wenn sie auch nicht mehr bis zum kommenden Frühjahr — in dem mit einer Neuauflage der Währungskrise zu rechnen ist — besritten werden kann. In den gemeinsamen *Währungsfonds* hätten alle Partner einen Teil ihrer Devisen-Reserven einzuzahlen mit dem Zweck, ein finanziell erschöpftes Mitglied zu unterstützen. Wenn sich die Sechs nicht wenigstens zu diesem Schritt aufraffen können, dürfte das mit dem Amtsantritt des neuen US-Präsidenten Nixon fällig werdende — also bisher nur aufgeschobene — Großreinemachen im internationalen Währungssystem zwar nicht die sechs Länder, aber die EWG in eine gefährliche Situation stürzen. Falls die Gemeinschaft bis dahin nicht einen gemeinsamen Nenner in Form eines Systems fixer und (national) unabänderlicher Währungsparitäten gefunden hat, könnte es zu einem tödlichen Schlag ge-

gen diese halbgeare Europagemeinschaft kommen.

Es ist paradox, aber ohne den Gemeinsamen Markt wären die Probleme der jüngsten Währungskrise leichter zu lösen gewesen — genau wie die Erschütterungen viel geringer gewesen wären, wenn der Sechserklub bereits eine unauflösbare Einheit oder zumindest auf den letzten Metern zu ihr wäre. Es ist der halbe Weg, der die Widersprüche und Spannungen erzeugt. Die Krise wurde genährt durch eine gemeinsame Agrarpolitik *ohne* eine gemeinsame Währung, durch die Freiheit des Handels und der Kapitalbewegung *ohne* eine gemeinsame Wirtschafts- und Währungspolitik. Die Bonner Konferenz zeigte, daß die Fortsetzung der gegenwärtigen Europapolitik den Stand der europäischen Zusammenarbeit gefährdet, der in den vergangenen zehn Jahren so mühsam erreicht wurde.

Und nun?

Drei Fragen stellen sich zur Jahreswende:

1. Was hält die Gemeinschaft (noch) zusammen?
2. Wie stark sind die Widersprüche, die zentrifugale Wirkungen zeitigen?
3. Was ist zu tun?

Was die Gemeinschaft zusammenhält sind nicht die Europaideologien, sondern die materiellen, die wirtschaftlichen Interessen der politisch bestimmenden Kräfte. Was für diese Gruppen wirtschaftlich richtig ist, sollte auch ihre politische Marschrichtung bestimmen: Will man das straffe Zusammenwirken aller Kräfte mit dem Ziel, die europäische Wirtschaft konkurrenzfähig zu halten und ein (westeuropäisches Solo im politischen Weltkonzert zu spielen, so sind alle aktiv Beteiligten — das heißt die herrschenden Regierungen und die bestimmenden Parlamentsfraktionen, die Industrie und der Handel, ja selbst die — wenn auch nicht deutschen — Bauern gezwungen, nicht nur das zu erhalten, was bereits — mit Mißständen und Fehlentwicklungen behaftet — geschaffen wurde, sondern es ständig zu verbessern und auszubauen. Denn der Wegfall von Zollgrenzen, der eine Vervielfältigung der Handelsströme in Europa auslöste, brachte zugleich neue, wechselseitige Abhängigkeiten in der Konjunktur- und Währungspolitik mit sich, die zwar gesehen, denen aber nicht entsprochen wird. Denn getreu der kapitalistischen Ausgangsbasis versuchen die nationalen Industrien die neuen Märkte für sich zu erobern, ohne auf den alten Einbußen befürchten zu müssen (nach dem Motto: was Dein ist, ist auch mein, was mein ist, geht Dich gar nichts an).

Die auf Expansion angewiesene Großindustrie kann und will nicht mehr vom EWG-Zug

abspringen, sie würde in eklatanter Weise gegen ihre eigenen Interessen und die der jeweiligen nationalen Volkswirtschaft (was aber für sie nur ökonomisch, betriebswirtschaftlich, nicht politisch-„patriotisch“ beunruhigend wäre) verstoßen.

Eine notwendige, aber nicht ausreichende Rolle für den Zusammenhalt der Gemeinschaft kommt auch dem geschriebenen und in zwischen den (oben erwähnten) Bedürfnissen angepaßten Recht zu, dem EWG-Vertrag, sowie der Verwaltungsmacht, die in der Kommission und in den zahlreichen Verwaltungsausschüssen konzentriert ist. Es ist nicht Schuld der Kommission, wenn sie mit „Gesetzen“ des Ministerrats arbeiten muß, aus denen allzu oft abzulesen ist, welcher Partner und welche Interessengruppen die Feder führten.

Und auch die Eigendynamik — so oft sie auch gestört wird — der Gemeinschaft ist nicht zu übersehen. Die EWG hält die Einsicht zusammen, daß es — im Sinne der an ihr Partizipierenden — keine gleichwertige Alternative gibt. Man könnte die Gemeinschaft zwar (noch) zerstören, aber sie nicht durch eine „günstigere“ Form ersetzen. Zwar sind andere Formen der Zusammenarbeit in Europa denkbar, und diese gibt es ja auch bereits, z. B. die OECD, die EFTA und das GATT, aber diese bilden keinen Ausweg, keinen gleichwertigen Ersatz, sondern sind von einer geringeren ökonomischen und politischen Qualität.

Und schließlich sind es die ökonomischen Tagesfragen, die zum Zusammenhalt der Gemeinschaft beitragen. Die Erhaltung der Zollunion, die Agrarpolitik und ihre Finanzierung, die Beihilfen- und Wettbewerbspolitik, die Beseitigung der Handelshemmnisse und Grenzkontrollen, die Bildung einer Wirtschaftsunion, die Erhaltung der Bindungen mit europäischen und außereuropäischen Partnern, die Repräsentation der EWG in den großen Wirtschaftsorganisationen und Konferenzen, all dies (und wird es auch immer wieder „zeitlich begrenzt“ außer Kraft gesetzt, im Prinzip aber erhalten) bindet die Sechs an den Vertrag und an die Institutionen. Es sind also die wirtschaftlichen Interessen, die „Vernunft“ und die Angst, die die Gemeinschaft trotz semi-ideologischer Querelen zusammenhalten.

Daran dürften auch die immer wieder wirksam werdenden Gegenkräfte nicht viel ändern, die fehlende Übereinstimmung unter den Regierungen (und den Kräften, die sie stützen), die Differenzen in der Außen- und Sicherheitspolitik gegenüber den USA und dem Ostblock; die falschen Sachentscheidungen, wie zum Beispiel in der Agrarpolitik mit ihren unheilvollen Folgen für die Verbraucher, Steuerzahler und Handelspartner der EWG, eine Politik, die die den Agrarmärkten ohnehin innewohnenden UnStabilitäten potenzierte, die wiedererwachten Nationalismen, die aus

politischen Zwergen und Halbstarke Blechtrommler machen wollen, und schließlich die gewollte Schwächung der supranationalen Institutionen, der bewußt angelegte Leerlauf der Eurokratie, die ständige Brückierung der europäischen Behörden; nicht vergessen sollte man die Furcht, die die EWG-Partner und die anderen Staaten vor hegemonialen Ambitionen haben, die Frankreich und die Bundesrepublik mit der EWG im Schilde führen — darunter leidet auch die gesamte Diskussion um die Erweiterung der Gemeinschaft durch die Aufnahme Großbritanniens und anderer Staaten.

Unter diesen Gesichtspunkten nimmt sich der Katalog der Dinge, die unter den zur Zeit herrschenden Bedingungen innerhalb der Gemeinschaft in Angriff genommen werden können, recht bescheiden aus. Klammert man einmal den Wunsch aus, die EWG in absehbarer Zeit zu vergrößern, also eine Forderung, auf die der noch gemeinschaftsbestimmende Partner Frankreich nicht einzugehen gedenkt, sowie den schon oben erwähnten Gedanken einer Währungsunion oder zumindest eines gemeinsamen Währungsfonds, der sicherlich nur im Zusammenhang mit einer internationalen Reform des Weltwährungssystems zur Diskussion stehen dürfte, dann sollte ein Minimalprogramm in etwa folgendes aufweisen:

1. Rasche Verwirklichung der Zollrechtsharmonisierung, um zu verhindern, daß bestimmte Vorschriften zu ausgetüftelten Diskriminierungen unerwünschter Importe benutzt werden, eine Waffe, die durch die nationalen Regierungen scharf gehalten wird. Die Arbeit an der Beseitigung dieser und ähnlicher Handelshemmnisse muß forciert werden.

2. Zugunsten der Reisenden, also endlich auch einmal zugunsten der Verbraucher, denen von der EWG goldene Berge versprochen worden waren, sollten großzügige Regelungen für Tabak, Alkohol u.a.m. getroffen werden. Es ist nicht einzusehen, warum bei derartigen Mitbringseln zwar formell der Zoll seinen Dienst aufgab, daß aber nun dieselben Beamten andere Steuern erheben. Die ganze zur Zeit geltende Praxis bleibt so eine Augenwischerei.

3. Bonn sollte das Thema „Osthandelspolitik“ unbefangen überprüfen und sich mit den Partnern auf eine optimale Liberalisierung einigen. Die Bundesrepublik blockiert seit längerem die Entscheidungen, auch die, bei denen es nur um Verfahrensfragen geht.

4. In der Verkehrspolitik sind durchaus Ansätze für eine mögliche Harmonisierung vorhanden, an denen jetzt mit Aussicht auf Erfolg weitergearbeitet werden könnte.

5. In einer Periode, die durch Stagnation gekennzeichnet ist, sollte man eine Vereinheitlichung der Steuerpolitik vorantreiben mit dem Ziel, die Wirtschaftsgemeinschaft wieder zu dynamisieren. Das in den einzelnen Staaten unterschiedliche Steuerrecht entwickelt sich im-

mer mehr zu dem lästigen Hindernis für weitere Marktverflechtungen.

6. Die Chancen, im Gesellschaftsrecht zu „europäischen Modellen“ zu kommen, sind geringer geworden. Trotzdem sollte man versuchen, wenigstens via handels-, gesellschafts- und bilanzrechtlicher Ersatzlösungen den Topf, wenn schon nicht am Kochen, so doch wenigstens am Dampfen zu halten.

7. Entscheidend bleibt auch die Agrarpolitik. Die finanziellen Lasten müssen begrenzt und gerechter verteilt werden. Dazu gehört auch, daß Bonn endlich aufhört, mit doppelter Zunge zu sprechen: Es ist unmöglich, ständig für möglichst hohe Agrarpreise einzutreten und sich gleichzeitig darüber zu beklagen, daß man zu hohe Finanzlasten zu tragen habe. Das großangelegte Reformprogramm für die EWG-Landwirtschaft, vom Agrarkommissar *Mansholt* am 10. Dezember 1968 dem Rat der Außen- und Landwirtschaftsminister unterbreitet, sieht vor, die EWG-Agrarproduktion an die Bedürfnisse des Marktes durch ein kostspieliges Strukturprogramm bei gleichzeitiger Senkung der Lebensmittelpreise und Hebung der bäuerlichen Einkommen anzupassen.

8. Die Diskussion über eine Patentrechtskonvention ist schleunigst abzuschließen, um auch auf diesem Gebiet zu einer europäischen Harmonisierung zu gelangen.

9. Abkommen auf all diesen Gebieten wirken nicht nur nach innen, sondern auch nach außen. Die EWG sollte ihre Wirtschaftsmacht nicht dazu ausnutzen, in Protektionismus zu machen. Es ist zum Beispiel eine „negative Entwicklungspolitik“, wenn es mittels der EWG-Agrarpolitik dazu kommen konnte, daß unter Einsatz hoher finanzieller Mittel aus Agrarimporteuren Agrarexporteure wurden. Es ist ein bezeichnender Widerspruch, wenn man die Lage der Entwicklungsländer durch derartige Winkelzüge erschwert.

10. Da eine Erweiterung der EWG zunächst nicht möglich erscheint, sollte wenigstens die gemeinschaftliche „Außenpolitik“ neu überdacht werden. Der Not gehorchend, nicht dem Triebe, sollte der französische Vorschlag, mit den befreundeten Drittländern eine Kette von einfachen Handels- und vielleicht Assoziierungsverträgen abzuschließen, aufgenommen und in die Tat umgesetzt werden. Damit könnte manchen unserer Handelspartner vorläufig gedient sein, z.B. Österreich, Jugoslawien, dem Maghreb und der Schweiz. In einiger Zeit müßte man weitersehen, ob es nicht doch zu einer engen Zusammenarbeit mit den Briten, den Skandinavien und anderen Ländern kommen kann; die Konstellationen können sich sehr schnell ändern, wie die weltweite Währungs-krise zeigte.

11. Die Beziehungen zu den 18 afrikanischen Staaten sollten in einem neuerlichen Assoziierungsabkommen vertieft werden. Dabei

sollte die Einheit der EWG mehr als bisher zum Tragen kommen, was allerdings zu Lasten der französischen Position ginge,

12. Dem drohenden Zerfall der Europäischen Atomgemeinschaft (EURATOM) muß entgegengetreten werden. Die unterschiedlichen nationalen Zielsetzungen bestehen nicht nur fort, sondern haben sich in der jüngsten Zeit vertieft. Wenn es nicht zu einer Übergangslösung kommt, dann besteht die Gefahr, daß in den sechs Mitgliedstaaten Anlagen im Werte von 400 Millionen Mark stillgelegt und weitere 320 Millionen Mark für weiterlaufende Gehaltszahlungen und Personalabfindungen nutzlos aufgebracht werden müssen, ganz abgesehen davon, daß die besten Kräfte unter den 3000 EURATOM-Wissenschaftlern sich ein neues Betätigungsfeld und eine neue Heimat suchen dürften. Einig ist man sich nur darin, die Grundlagenforschung gemeinsam weiterzubetreiben, wie beispielsweise die kontrollierte thermonukleare Fusion, die Arbeit auf anderen Gebieten, so zum Beispiel die Reaktor-Forschung, jedoch nur im nationalen Rahmen fortzusetzen, weil differierende indu-

strielle Interessen die Überhand gewonnen haben. Folgende Richtlinien stehen also zur Diskussion:

a) Die vorhandenen gemeinschaftlichen EURATOM-Forschungszentren in Ispra bei Mailand, Geel/Belgien, Petten/Holland und Karlsruhe sollen optimal genutzt werden;

b) Für Forschungsprojekte, an denen nicht alle sechs Mitgliedsländer interessiert sind, sollen Ergänzungsprogramme vereinbart und auch nur von den interessierten Ländern finanziert werden;

c) Nach Möglichkeit sollen auch Vorschläge für die Einbeziehung nichtnuklearer technologischer Forschungen in das Programm einbezogen werden.

Gelingt es nicht, dieses Minimalprogramm in seinen wesentlichsten Punkten zu verwirklichen, dann dürfte der innere Ausbau der Gemeinschaft zum Stillstand kommen und die EWG wie ein unvollendeter Rohbau dem rauen Weltklima zum Opfer fallen. 1968 war für Brüssel wohl das unfruchtbarste Jahr seit Gründung der Gemeinschaft; das zu erkennen heißt aber nicht zu resignieren. *Dieter Kuhr*